



Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)



Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Zeitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Graf in Wildbad.

Nummer 301

Februar 179.

Wildbad, Montag, den 27. Dezember 1920

Februar 179.

54. Jahrgang

269 Milliarden Geldentschädigung.

Wie schon kurz berichtet, hat der Vertreter der Londoner „Times“ von Sachverständigen des Verbands auf der Besprechung in Brüssel Kenntnis von einem Plan der Kriegschadigungsforderungen erhalten. Dieser Plan der Geldentschädigung — neben den Sachentschädigungen — besteht nach neueren Berichten in folgenden Forderungen:

Jährliche Zahlung von drei Milliarden Goldmark auf die Dauer von 42 Jahren, in halbjährlichen Zahlungen vom 1. Mai 1921 an.

2. Jährliche Zuschlagszahlung, vom Mai 1925 an halbjährlich zu entrichten, und zwar für die Jahre 1926/27 bis 1930/31 (fünf Jahre lang) ein Betrag von 3 Milliarden Goldmark; für die folgenden 32 Jahre ein Betrag von 4 Milliarden Goldmark.

Danach hätte Deutschland für die 5 Jahre vom Mai 1921 bis Mai 1925 3 Milliarden Goldmark jährlich zu bezahlen; für die Zeit vom Finanzjahr 1926/27 bis 1930/31 (ebenfalls 5 Jahre) 6 Milliarden Goldmark jährlich und vom Finanzjahr 1930/31 bis zum Schluß der Zahlungsdauer 7 Milliarden Goldmark jährlich.

Danach würde sich der Gesamtbetrag der deutschen Entschädigungsleistung in Geld auf nicht weniger als 269 Milliarden Goldmark belaufen!

Dem Ausschuss liegen, so heißt es in der „Times“ weiter, mehrere Vorschläge vor, für den Fall, daß Deutschland Vorauszahlungen macht, oder daß der Wiederherstellungsausschuss die Zahlung hinausschiebt, oder daß Deutschland seine Verpflichtungen auf diesem Gebiet nicht erfüllt. Wenn Deutschland, im günstigsten Fall, Vorauszahlungen leistet, um die künftigen Jahreszahlungen zu verringern, so würden diese kapitalisiert und nach einer gleitenden Staffel, beginnend mit 8 v. H. und herabgehend um 1/2 v. H. bis 5 v. H. im Jahre 1927/28, verzinst werden. Der Wiederherstellungsausschuss würde aber die Vollmacht haben, den Satz innerhalb der Grenze von 8 v. H. festzustellen nach Maßgabe des Weltgeschäfts und entsprechend der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Es wird vorgeschlagen, daß Deutschland das Neueste tun soll, um eine Anleihe aufzunehmen, und es kann dafür mit Zustimmung der Wiederherstellungsausschusses die Einkünfte des Reichs und der Länder einschließlich der Zolleinnahmen als Sicherheit bieten. Aber weder die deutsche Reichsregierung noch die Einzelregierungen oder auch die Provinzial- und Gemeindeverwaltungen können im Ausland Kredite in Anspruch nehmen ohne Zustimmung des Ausschusses. Es ist geplant, daß ein Ausschuss für die deutsche auswärtige Schuld in Deutschland sitzen, und daß ein deutscher und ein neutraler Vertreter ihm angehören sollen.

Wenn der Wiederherstellungsausschuss es als wünschenswert erachtet, die Zahlung hinauszuschieben, so ist vorgesehen, daß er das Recht haben soll, jedes Jahr, von 1926/27 an, die Zahlung einer Summe von nicht mehr als 2 Milliarden Goldmark aus der Zuschlagszahlung für die ersten 5 Jahre, und von nicht mehr als 3 Milliarden Goldmark aus den 4 Milliarden der folgenden 32 Jahre, zu verschieben, und, wenn dies als wünschenswert erachtet wird, die Zinsen dafür festzusetzen.

Natürlich kann ein solcher Plan nicht ohne materielle Bürgschaften erwogen werden. Diese würden die Form von Hinterlegungen und Verpfändungen gewisser deutscher Einkünfte haben.

Es wird vorgeschlagen, daß deutsche industrielle Sicherheiten im Betrag von 5 Milliarden Goldmark beim Wiederherstellungsausschuss hinterlegt werden sollen. In Anbetracht der großen Kapitalzunahme in deutschen Industrieunternehmen ist es notwendig, zu betonen, daß dabei, wie überall in diesen Vorschlägen, Goldmark gemeint sind. Es können auch andere Sicherheiten nach dem Ermessen des Wiederherstellungsausschusses und nach dem Vorschlag Deutschlands gewährt werden, und in beiden Fällen erhält der Ausschuss die Vollmacht, sie auf deutsche Rechnung zu verlaufen, falls Deutschland im Rückstand bleibt.

Von unmittelbarem Interesse ist der Vorschlag einer Verpfändung der Rohereinnahmen aus den deutschen Zöllen, der verbunden ist mit einem im Ermessen des Wiederherstellungsausschusses stehenden Verbot jeglicher Aenderung der Zölle, die die Einkünfte vermindern würden. Es ist bekannt, daß die jetzige deutsche Regierung eine Aenderung des Tarifs erwägt, und es würde nötig sein, eine solche Aenderung durch finanzielle Sachverständige prüfen zu lassen. Es ist beabsichtigt, daß die Zolleinnahmen an einen vom Wiederherstellungsausschuss ernannten Zollverwalter auf Rechnung der deutschen Regierung gezahlt werden. Sollte dann die deutsche Regierung im Rückstand bleiben, so könnte der Wiederherstellungsausschuss die in der Hand des Verwalters befindlichen Fonds in Anspruch nehmen, um den rückständigen Betrag hereinzubringen.

Falls dieser Plan nicht befriedigend wirken sollte, so liegen dem Ausschuss noch andere Vorschläge vor. Es ist z. B. vorgesehen, daß, wenn der Wiederherstellungsausschuss es für wünschenswert hält, er die Verwaltung und Einziehung der deutschen Zölle dem erwählten Kommissar für die deutsche auswärtige Schuld unterstellen kann. Er kann Deutschland auch vorschlagen, die bestehenden Steuern erhöht werden. Die indirekte Besteuerung ist in Deutschland noch in den Anfängen, und es könnte eine viel größere Summe aufgebracht werden. Wie ich erwähnte, ist eine Reihe von Fragen von den Sachverständigen der Konferenz aufgestellt worden, um genau zu ermitteln, in welchem Umfang das deutsche Volk indirekte Steuern bezahlt und wie sich diese zu denen in England und anderen Ländern verhalten.

Der Berichterstatter sagt zum Schluß, es sei sehr wahrscheinlich, daß Deutschland diesen Vorschlägen erheblichen Widerstand entgegensetze. Die Industriellen würden zweifellos die Hinterlegung von Sicherheiten widersprechen, die Sozialisten würden wahrscheinlich die Regierung bedrohen bei jedem Versuch, die indirekten Steuern zu vermehren. Wenn aber Deutschland sich weigere, würden die verbündeten Regierungen die ihnen zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergreifen. Im anderen Falle würden die Verbündeten davon absehen, gewisse Teile des Friedensvertrags (in den Kapiteln über die Wiederherstellung, über die finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen) durchzuführen, in denen den Verbündeten ausgedehnte Vollmachten über die deutschen finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zugesprochen werden.

Nach der von den deutschen Sachverständigen in Brüssel den Verbandsvertretern übergebenen Denkschrift betragen die bisherigen Lieferungen und Leistungen Deutschlands aus dem Vertrag von Versailles ungefähr 21 Millionen Goldmark.

Hoffnungslose Lage.

Tag für Tag haben die amtlichen Verbandsberichte aus Brüssel berichtet, daß die Verhandlungen der Sachverständigen auf gutem Wege seien, und sie haben insbesondere mit der Anerkennung für die Haltung der deutschen Vertreter nicht gezögert. Diese hätten einen guten Willen gezeigt, zu einer praktischen Lösung der Entschädigungsfrage zu kommen. Der französische erste Bevollmächtigte hat sogar in einer privaten Äußerung den Deutschen das — eigentlich doch recht demütigende — Zeugnis ausgestellt, die deutschen Vertreter zigten eine „untadelige Haltung“. Allein die Forderungen der Verbandsmächte stehen schon er Grunderwartung nach, von der sie ausgehen, und an der Versailleser Vertrag aufgebaut ist, daß nämlich Deutschland als der am Krieg Schuldige für alle verursachten Schäden aufzukommen habe, in schroffem Gegensatz zu unserer Auffassung. Die feindlichen Forderungen stehen ferner in schroffem Widerspruch zu unserer Leistungsmöglichkeiten. Solange vom Verband die Grundlage von Versailles nicht verlassen wird, ist es unmöglich, zu einem ausführbaren Übereinkommen zu gelangen.

Die Hoffnungslosigkeit, die begründet ist in der ganzen Sachlage, wie sie die Geistesverfassung der Siegerstaaten erkennen bei, findet außerdem seine Bestätigung in den

Äußerungen ihrer Presse. Der Pariser „Temps“, hat mitten in die zuverlässigen Brüsseler Berichte hinein die Feststellung geworfen, daß Deutschland „bankrot“ sei; man müsse von dem deutschen Bankrott als von einer Tatsache ausgehen, ihr aber zugleich die andere Tatsache gegenüberstellen, daß Frankreich nicht länger die Wiederherstellungskosten tragen könne, für die Deutschland aufzukommen habe, andernfalls sei es Sache der Verbandsmächte, eine Lösung zu finden, und zwar, im Interesse der Welt, so rasch wie möglich. Das kann nicht viel anderes heißen, als daß die alte französische Auffassung, die gesamten Versailles Forderungen mit Gewaltmaßnahmen zu erreichen, doch noch verjagt werden soll.

Nur aus diesem Geiste kann auch der in der Londoner „Times“ veröffentlichte Plan geboren sein, nach dem als deutsche Entschädigungsleistung allein in Geld 269 Milliarden Goldmark, verteilt auf 42 Jahre, gefordert werden. Wir wollen annehmen, daß ein solcher Plan nicht aus den gegenwärtigen Beratungen in Brüssel hervorgegangen — denn sonst wären die zuverlässigen Berichte darüber geradezu lächerlich sinnlos —, sondern von dem einen oder anderen Teilnehmer als Entwurf dorthin mitgebracht worden ist. Aber auch dann muß jede Hoffnung, daß man der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands Rechnung tragen werde, auf ein Mindestmaß, um nicht zu sagen auf ein Nichts zusammenschrumpfen. Wenn die „Times“ selbst voraussieht, daß gegen einen solchen Plan erheblicher Widerstand von deutscher Seite geleistet werden würde, so ist damit eigentlich zu wenig oder nicht das Richtige gesagt. Wenn solche Forderungen im Ernst gestellt würden — neben denen ja außerdem ungeheure Sachleistungen verlangt werden —, so bliebe für den Verband nur das Verfahren des „Temps“ übrig, und für uns nicht anderes, als zu erklären, daß wir völlig außerstande sind, bei der Durchführung des Plans tätig mitzuarbeiten, und daß wir es den Siegermächten überlassen müßten, selbst für die Ertragsfähigkeit der deutschen Arbeit und für den Eingang der Staatseinkünfte zu sorgen und zuzusehen, was aus dem Versuch einer Verflattung des deutschen Volks für sie herauskommt.

Auch in den Kreisen der Reichsregierung scheint man, nach Berliner Berichten, wenig Hoffnung zu haben, daß in den Brüsseler Verhandlungen noch ein den deutschen Verhältnissen einigermaßen gerecht werdendes Ergebnis herauskommen kann. Daß nicht einmal die von deutscher Seite vorgeschlagene Regelung des Ausgleichsverfahrens angenommen wurde, beweist, daß der Geist von Versailles noch durchaus herrscht.

Poincares Schuld am Weltkrieg.

In der öffentlichen Meinung Frankreichs scheint sich allmählich ein gewisser Umschwung in den Anschauungen über die Kriegursachen durchzusetzen. Vor allem werden sich immer weitere Kreise darüber klar, daß in dieser Beziehung Poincare als einer der verhängnisvollsten Persönlichkeiten bezeichnet werden muß. Auf die Angriffe, die von sozialistischer Seite seit langem gegen ihn erhoben werden, hat es bisher Poincare für „unter seiner Würde“ gehalten, zu antworten. Neuerdings hat aber auch ein bekannter französischer Offizier, der sich im Krieg auszeichnete, Gouttenoire de Toury in einer Schrift den Nachweis geführt, daß der damalige Minister des Aeußern und Staatspräsident Poincare mit voller Absicht auf den Krieg hinarbeitete und ihn im Bund mit Rußland auch tatsächlich zum Ausbruch gebracht hat.

Gegen die Anklagen dieser Schrift verteidigt sich nun Herr Poincare in drei langen Spalten des „Matin“, und diese Verteidigung wird ohne Zweifel die Wirkung haben, den gegen ihn vorliegenden Verdacht nicht abzuschwächen, sondern noch zu verstärken. Toury behauptet, daß der Schweizerische Gesandte in Paris am 30. Juli 1914 einen Schritt unternahm, der die Katastrophe hätte verhindern können. Aus der gewonnenen Darstellung Poincares geht hervor, daß dieser Schritt, der bisher von den beteiligten französischen Persönlichkeiten immer abgeleugnet wurde, tatsächlich erfolgte, wenn auch nicht am 30. Juli, sondern am 1. August. Noch schwächer klingt, was Poincare zu seiner Verteidigung in Bezug auf sein Verhältnis zum



früheren russischen Botschafter **Stwort** vorzubringen weiß. Die Gegner **Poincare's** behaupten, daß ein Telegramm aus dem Jahre 1912 existiere, worin **Stwort** der Petersburger Regierung mitteilt, **Poincare** habe ihm erklärt, daß, wenn ein Konflikt Oesterreichs mit Rußland ausbrechen sollte, der die Einmischung Deutschlands zur Folge hätte, Frankreich sofort den Bündnisfall als gegeben betrachten würde. **Poincare** sieht sich keineswegs in der Lage, die Möglichkeit eines solchen Telegramms in Abrede zu stellen, vielmehr muß er sich auch hier mit der allgemeinen Versicherung begnügen, daß er gegenüber dem russischen Botschafter immer eine friedliche Sprache geführt habe.

Am nächsten ist jedoch, was **Poincare** auf den Vorwurf zu erwidern weiß, daß er den französischen Botschafter in Petersburg, **Louis**, durch **Delcasse** ersetzt erlegt habe, um damit seine kriegerischen Pläne zu fördern. **Poincare** macht hiergegen nur geltend, daß dieser Personenaustausch zu einem Zeitpunkt erfolgte, als er nicht mehr Minister des Aeußern und noch nicht Präsident der Republik war, und daß er also dafür keine Verantwortung zu tragen habe. In Wirklichkeit handelt es sich hier um eine Zeitspanne von drei bis vier Wochen, und **Poincare** wird schwerlich jemandem einreden können, daß in dieser kurzen Zeit, wo er kein offizielles Amt bekleidete, sein Einfluß in diesen Dingen ausgeschaltet war. Kurz, die drei Spalten, die er „einen Blick auf die Vergangenheit“ überschreibt, werden **Poincare** kaum zum Vorteil gereichen. Es könnte im Gegenteil sein, daß sie den Stein ins Rollen bringen und daß sich die französische Öffentlichkeit **Poincare** und die Rolle, die er in der Vorkriegszeit spielte, endlich einmal etwas näher ansieht.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Im Stand der deutschen Valuta erbrachte die letzte Woche vor Weihnachten eine weitere kleine Besserung. Am 23. Dezember wurden 100 deutsche Mark in Zürich mit 9.07%, am 23. mit 9.12% Franken bewertet; nachdem sie am 20. auf 8.87% gefallen war; in Amsterdam notierte sie am 23. 4.45 (4.42%), Gulden; in Kopenhagen 9.40 (9.50) Kronen; in Stockholm 7.10 (7.10) Kronen; in Wien 844 (931) Kronen; in Prag 119.75 (119.75) Kronen; in London 2.54 (2.58) Schilling; in Newyork 1.37 (1.35) Dollar und in Paris 23 1/2 (22 1/4) Franken. Die Geldsätze in Deutschland sind unverständlich.

Börse. Die viertägige Unterbrechung des Börsenverkehrs über die Feiertage hielt die Unternehmungslust schon während der vorausgehenden Woche in Schranken, aber die Stimmung war doch überwiegend fest, wobei wohl auch die Erleichterung in der Bezahlung des Reichsanleiher mitwirkte, die den Banken gestattet, die bei ihnen hinterlegten Kriegsanleihen für die Bezahlung des Reichsanleiher noch sechs Monate nach dem 31. Januar bei den zuständigen Stellen anzumelden. Im übrigen war das Hauptinteresse der Spekulation wieder auf Montanwerte und Schiffbauaktien gerichtet. Auch Elektrizitätsaktien zeigten eine gute Haltung. In den sogenannten Valutawerten waren die Umsätze beschränkt. Der Anleihermarkt blieb ruhig: Proz. Reichsanleiherausweisungen 97 1/2, Kriegsanleihe 77.40, Apr. Württemberger 79.

Produktenmarkt. Während der ganzen Woche litt das Geschäft an der Berliner Produktenbörse unter Mangel an Kaufkraft, was auf die Preisbildung nicht ohne Einfluß blieb. Man notierte für Weizen-Groß 210-225 (weniger 10 Mk.), Futtererbsen 150-165 (weniger 10), Raps 340 (weniger 10) Lein-310, Mohl war festgelegt, Weizen 34-36 (weniger 3), Stroh 23-24 (weniger 1) Mark. Diese Berliner Preise sind für die süddeutschen Erzeuger nicht maßgebend, können vielmehr nur einen Fingerzeig über die allgemeine Gestaltung des Marktes geben.

Warenmarkt. Die Kohlennot ist wegen der Transportwierigkeiten noch groß. Die Eisenpreise zeigen eine fallende Tendenz. Die Textilindustrie erweist sich zunehmender Beschäftigung und profitiert von den stark gefallen Baumwollpreisen, denen die Wollpreise nur zögernd folgen. Auf dem Ledermarkt herrscht Unsicherheit. Die Lage der Schuhindustrie hat sich wieder verschlechtert. Die Zellulosepreise gelten bis Ende Januar weiter.

Viehmarkt. Immer noch ist Vieh knapp, während die Schweinezahl sich reich vermehrt.

Holzmarkt. In den letzten Holzauktionen hielt die steigende Tendenz abgesehen die Käufer große Zurückhaltung beobachtet. In Verbindung mit dem Mißverhältnis zwischen den Preisen der gelben Ware und des Rothholzes, Laubholz ist jetzt innerhalb Deutschlands dem Verkehr freigegeben.

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.
47 Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Nicht einmal das Schöne, das sie ihm im ersten Jahre ihrer Ehe gesehen, brachte die Gatten einander näher — ihr war ein Hindernis in ihrem geselligen Leben, das sie so sehr liebte, während es ihm ein Trost seiner Einsamkeit war. Voll tiefer Nüchternheit war er damals am Wert seiner Frau niedergeknien und hatte dankbar ihre weiße Hand gefaßt, die Brust voll heiliger Vorsätze — aber sie konnten vor ihrer Leichtfertigkeit nicht stand halten. Kaum geneigt, kletterte sich Gabriele wieder in den Strudel der Gesellschaft — sie konnte nun einmal nicht ohne Bewunderung leben; verlor sie dies der Gatte, nun, so nahm sie von andern den Tribut hin, der ihrer Schönheit gebührte. — Die schöne Frau von Wollburg war die geachtetste Dame der Stadt. Wenn sie sich auch nicht vergab, so war doch ein Etwas in ihrem Benehmen, das nicht lady-like war — die angenehme Vornehmheit, der Herzensstolz fehlte. So war sie auch eine eifrige Tischgängerin, und wenige Damen tanzten bei so Ausdauer gleich — sie betrieb diesen Sport nicht allein aus Vergnügen, sondern auch aus gesundheitlichen Rücksichten — sie wollte nicht stärker werden, da sie sehr darn neigte; deshalb sah sie jeder nur einigermaßen schöne Tag auf dem Rade, was zur Folge hatte, daß die beiden Gatten sich kaum einmal mittags saßen, wenn sie, was oft geschah, auf einer größeren Tour sich befand. Um ihren Passio kümmerte sie sich wenig; sie hatte für ihn ein zuverlässiges Kinderfräulein verpflichtet; was dem Reinen an Mutterliebe abging, ersetzte der Vater durch doppelte Härte. Das Kind war ein alles; mit abgöttischer Liebe hing er an dem kleinen Knaben Karl, so daß Ella oft eifersüchtig auf ihr eigenes Kind wurde. Die alte Eifersucht hatte sie noch nicht abgelegt, und sie quälte damit häufig ihren Gatten an unerwartet weise, trotzdem nicht der geringste Grund dazu vorlag. Wolf war jetzt ungefähr 10 Jahre alt, und im vergangenen Jahre

Neues vom Tage.

Berlin, 26. Dez. Zum Staatssekretär des Reichsfinanzwesens an Stelle **Möskes** wurde der Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Dr. **Japf** ernannt.

Die Antwort an Kollat.

Berlin, 26. Dez. Dem Vorsitzenden des Ueberwachungs Ausschusses für das Landwehr, General **Kollat**, ist eine Note des Auswärtigen Amtes übergeben worden, worin es heißt: Artikel 178 des Friedensvertrags untersagt nicht alle Maßnahmen, die eine Mobilmachung erleichtern könnten, sondern nur solche, die auf diesen Zweck abzielen. Dies ist bei dem Zusammenschluß der Bürger zum Selbstschutz nicht der Fall. Die Zubereitung der Auflösung von Selbstschutzorganisationen, die keinen militärischen Charakter haben, ist eine innere Angelegenheit Deutschlands. Seit Neuordnung der Polizei in Bayern untersteht eine angebotene Einwohnerwehrgruppe nur der Leitung der Landespolizeiabteilung. Bei den ostpreussischen Ortswehren können jetzt noch die Zivilbehörden auf die Art der Verwendung der Orts- und Grenzwehren Einfluß ausüben. Die Entlohnung der Selbstschutzorganisationen hat ebenso wie im allgemeinen die Entlohnung der Bevölkerung nur in der Abgabe der Kriegswaffen zu geschehen. Für die übrigen Teile des Reichs wird die Entlohnung in nächster Zeit durchgeführt. Nur in Bayern und Ostpreußen gestatten die dort bestehenden besonderen Verhältnisse nicht, in gleicher Schnelligkeit vorzugehen. Die Annahme, daß die kommunistische Gefahr für Deutschland überwunden sei, kann leider nicht als zutreffend betrachtet werden. Die Gefahr wächst mit der wirtschaftlichen Not. Die dagegen zur Verfügung stehenden regulären Kräfte würden nicht ausreichen.

Königsberg, 26. Dez. In zahlreichen Entschuldigungen der ostpreussischen Orts- und Grenzwehren an die Reichsbehörden wird die Auflösung der Wehren angelehnt der gefährlichen Lage der Provinz entschieden abgelehnt.

Belgiens Absichten auf das Rheinland.

Böln, 26. Dez. Der belgische General **Rucquoy**, der frühere Chef des belgischen Generalstabs hat, wie „La France Militaire“ berichtet, folgende bemerkenswerte Erklärungen abgegeben: „Wir hoffen nicht nur für 10 Jahre, sondern immer in der Rheinprovinz bleiben zu können, die als unentbehrlich für die Deckung der belgischen Armee betrachtet werden muß. Wenn die Engländer Böln in fünf Jahren verlassen, hoffen wir, daß die Franzosen und Belgier sich innerhalb der Reichweite eines großen Geschüßes in ihm festsetzen werden, zum mindesten solange der Verkäufer Vertrag noch nicht durchgeführt ist. Da auch die Amerikaner Koblenz räumen werden, müssen Frankreich und Belgien dann die ganze Nacht am Rhein übernehmen. Die Rheinarmee wird eine belgisch-französische Armee sein, deren Größe und Organisation von Deutschlands politischer und militärischer Haltung abhängt, wie auch von den Veränderungen, die binnen kurzem in der Organisation des belgischen und des französischen Heeres durchgeführt werden müssen. Darum bildet das belgisch-französische Militärbündnis eine der besten Sicherheitsbürgschaften am Rhein.“

Nidtritt Weinerts.

Hannover, 26. Dez. Der sozialistische Stadtdirektor von Hannover, **Weinert**, hat sein Amt niedergelegt. Er hatte der ihm nahestehenden hannoverschen Wirtschaftsgenossenschaft, die Anfang 1919 gegründet worden war, ohne Befragen des Magistrats und der Stadtverordneten ein städtisches Darlehen von 30 Millionen Mark gegeben. In den städtischen Kollegien wurden daher gegen **Weinert** scharfe Vorwürfe erhoben und mit 38 gegen 36 Stimmen beschloffen, die nachträgliche Bewilligung des Darlehens an die Bedingung zu knüpfen, daß die Bücher und Warenbestände der Genossenschaft sofort durch einen besonderen Ausschuss geprüft werden. **Weinert** betrachtete diesen Beschluß als eine Mißtrauens-

wurde wenig günstig über seine Frau gesprochen; sie war wenig beliebt, das wußte er genau, wenn man es ihm auch nicht entgelten ließ. Wolf machte ihr genug Vorstellungen über ihre Art und Weise, es gab heftige Szenen — und trotzdem verlor sie Wolf immer wieder mit großer Geduld, ihren Sinn für Häuslichkeit zu wecken. Er fühlte sich seiner Frau gegenüber gewissermaßen schuldig, weil er ihr keine Liebe geben konnte — **Marys** Bild lebte in unveränderter Weise in seinem Herzen fort — deshalb war er auch so nachsichtig. Aber auch das wirkte nicht. So trieb sie zum Beispiel einen fast unerhörten Toilettenluxus, worüber viel gesprochen wurde. Eines Tages hatte er ihr hierüber Vorstellungen gemacht, worauf sie ihm kaltblütig erwidert hatte: „Was willst Du? Was geht es Dich an? Bezahle! Du es etwa? Papa gibt mir mein Nadelgeld, und damit mache ich, was ich will! Alles, was Du mir geben kannst, reicht ja kaum hin, meinen Bedarf an Handschuhen zu decken! Es macht mir eben Freude, mich gut anzuziehen. Dir ist ja gleich, wie ich aussehe — Du liebst mich nicht mehr, hast mich überhaupt nie geliebt!“ Das war ihr ständiger Refrain: Wolf erwiderte nicht darauf, sondern stillschweigend ging er hinaus — ein weiteres Wort von ihm hätte den Austritt verschlimmert, und nichts war ihm verhasster.

Dann hatte sie wieder ihre Tage, an denen sie ihren Gatten mit Bärtlichkeiten überschüttete: ihm waren solche Ausbrüche zuwider; er jagte aber nichts, sondern duldete sie stillschweigend. Er läste sie dann auch wieder und benutzte ihre Stimmung, ihr das Versprechen abzunehmen, häuslicher zu werden. Davon wollte sie aber nichts hören. „Du bist ein Pedant, ein Pfuscher! Statt Du Deine schöne junge Frau ansiehst, verflücht Du Dich hinter den Ofen! Geh, Wolf, das ist nicht hübsch von Dir!“ — Es war eben alles vergebens! Gabriele hatte durch ihre Heirat mit einem Offizier aus altem adeligen Geschlecht eine bevorzugte Stellung gewonnen, die sie auch auszunutzen verstand. —

tundgebung und hat, einen anderen Stadtdirektor zu wählen.

Seltene Steuer.

Oldenburg, 26. Dez. Die Landesregierung brachte einen Steuerentwurf ein über die Beschaffung von Mitteln zur Förderung der Landeskultur (!). Diese Steuer wird als eine Steuer auf den Vieh- und Pferdebestand der Landwirtschaft abgewälzt und zwar derart, daß sie betragen soll für 1 Pferd bis zu 1 Jahr 50 Mk., 1 Pferd bis zu 3 Jahren 100 Mk., ein Pferd über 3 Jahre 150 Mk. Für das Rindvieh sollen bezahlt werden auf den Kopf 30 Mark bis zu einem, 40 Mk. bis zu zwei und bis zu drei Jahren 30 Mk. Der Gesamtbeitrag, der auf diese Art und Weise aus der Landwirtschaft herausgepreßt wird, soll 13 Millionen Mk. betragen. — Ob man die „Landeskultur“ fördert, indem man ihre Hauptmittel mit hohen Steuern belastet, ist doch noch eine offene Frage.

Die Ausnützung der bayer. Wasserkraft mit Hilfe ausländischer Kapitals.

München, 26. Dez. Sämtliche Fraktionen des bayerischen Landtags mit Ausnahme der Unabhängigen haben der Heranziehung von ausländischem Privatkapital zur schnellen Ausbarmachung der Wasserkraft in Bayern zugestimmt. Die Demokraten erhoben Bedenken gegen Zuziehung französischen Geldes.

1 1/2 Millionen Geldstrafe.

Freiburg, 26. Dez. Das Schöffengericht **Vorra** hat verurteilt den Händler **R. Augsburg** aus St. Zimier zu 1 1/2 Millionen Mark Geldstrafe, weil er 4 1/2 Kilogramm Platin, das heute einen Wert von 600 000 Mark darstellt, in die Schweiz verschleusen wollte. Das Platin wurde beschlagnahmt.

Holländische Gesandtschaft beim Vatikan.

Haag, 26. Dez. Die Zweite Kammer hat der Eröffnung einer ständigen Gesandtschaft beim Vatikan zugestimmt.

Eine Gehrede Lesebros.

Paris, 26. Dez. In der Kammer erklärte der bisherige Kriegsminister **Lefevre**, er sei zurückgetreten wegen der Art und Weise, wie die Beschäftigung der Dienstzeit in seiner Abwesenheit vom Ministerrat durchgeführt worden sei. Es sei unzulässig, daß Frankreich zum Geleithe für Deutschland werde. Er bedauere, daß Ministerpräsident **Lebegue** sagte, Frankreich dürfe sich nicht der Besitzung des Imperialismus (der herrschsüchtigen Politik) aussetzen. Es sei kein Imperialismus, wenn Frankreich **Lothringen** und **Sizilien** haben wolle. Wenn es für seine Sicherheit Sorge, brauchten sich **Italien** und **England** nicht zu wundern, **England** unterhalte auch ein Heer von 860 000 Mann und 180 000 Matrosen. Frankreich halte die Wacht am Rhein, wie die Gallier vor 2000 Jahren. Mit Deutschland dürfe man kein Mitleid haben. (Lebh. Beifall.) Warum verlangt man nicht von ihm so viel als es bezahlen kann? Frankreich müsse stark genug sein, um die um Deutschland gelegte **Ranex**, die **Tschechoslowakei**, **Polen** und **Rumänien**, die die Verbindung des Germanismus mit dem Bolschewismus verhindern soll, zu erhalten. Man müsse immer im Auge behalten, daß 60 Millionen Deutsche sich nach Westen und 80 Millionen Russen sich nach dem Osten, nach Indien in Bewegung setzen können. Im August haben 70 000 Deutsche in **Chprenen** Gewehr bei Fuß gestanden, um **Polen** in der **Planke** anzugreifen. (!) Frankreich sei der Sieg von **Verdun** zu danken. **Bismarck** würde 1871 in Frankreich seine Ministerreden gehalten haben, wie sie sonst im Rheinland gehalten worden seien.

Der Berichterstatter des Heeresausschusses, **Oberst Fabry**, erwiderte, Frankreichs Politik müsse darauf gerichtet sein, den Vertrag von **Versailles** festzuhalten, nicht ihn noch weiter auszuweiten. Die deutsche Grenze sei vor dem Krieg 300 Kilometer von **Paris** entfernt gewesen, jetzt befinde sich die Bedrohungslinie zwischen **Elbe** und **Weier**, 700 Kilometer von **Paris**. Deutschland würde

Wolf seufzte tief auf. Wie anders hatte er sich seine Ehe vorgestellt! Manchmal glaubte er, verweisen zu müssen, wenn er über alles nachdachte — dann stürzte er sich mit noch größerem Eifer in seine Arbeiten, die ihm schon einen Namen gemacht hatten, damit er wenigstens für Stunden Vergessen fand. Und dann quälte ihn auch der Gedanke an **Mary** — er hatte nie wieder etwas von ihr gehört. Und nun wurde die Erinnerung doppelt lebendig in ihm, jetzt er wieder in der Stadt war, in der er mit seinem Lieb so seltsame Stunden verlebte. Bei **Bergers** auf dem Friedhof war er auch einmal gewesen; aber sie wußten ebenfalls nichts. Ad und zu bekamen sie einen kurzen Gruß von ihr; aber den genauen Aufenthalt konnten sie trotzdem nicht, da die Karten stets den Stempel der Bahnpost trugen. — Sie lebte — das war alles, was er wußte.

Die Uhr auf dem Kamin schlug sechs: es war Zeit, weiter zu arbeiten und dadurch die Gedanken an die Vergangenheit zu bannen. Wolf drehte das elektrische Licht auf und vertiefte sich wieder in seine Arbeit. Da klopfte es, der Diener trat ein, eine Karte in der Hand. „Der Herr wünscht dem Herrn Hauptmann seine Aufmerksamkeit zu machen.“

Wolf warf einen Blick auf die Karte; sofort sprang er auf, eilte nach der Tür und rief erlaut: „Aber natürlich, nur herein, alter Junge — wo kommt Du her, **Strachwitz**?“ Und er schüttelte immer die Hände des Freu: des.

„Gadte, mein Lieber! Erlaube, daß ich mich erst etwas vom Schnee befreie! Es ist ein Hundewetter — herr —“

Wolf führte den Gast, nachdem dieser sich des Mantels entledigt, in sein Zimmer — „nochmals herzlich willkommen, lieber **Strachwitz**!“ Kräftig erwiderte dieser den Händedruck. „Na, wie geht Dir's? Doch gut, Wölchen? Und Deiner Frau?“

(Fortsetzung folgt.)

Werdieß zur Mobilisierung mindestens 3-4 Wochen brauchen. Es sei also keine Gefahr zu befürchten.

Die Rede Fabrys fand starken Widerspruch in der Kammer, während Lefevre gefeiert wurde. Man hält es für wahrscheinlich, daß das Ministerium Lefevres zurücktreten und durch ein härteres von der Richtung Koch, Lefevre, Poincare, Viviani ersetzt wird.

Lloyd George gegen die Abänderung des Vertrags von Sevres.

London, 26. Dez. (Unterhaus.) Bezüglich der Schwierigkeiten des französischen General Gouraud in Syrien erklärte Lloyd George, keine Kritik üben zu wollen, aber die arabische Bevölkerung habe den Eindruck, daß es den Franzosen und Engländern ihr gegenüber am guten Willen fehle. Lloyd George möchte, daß in Kleinasien der Friede einleure und er will die Türken vernünftig behandelt wissen. Das Unterhaus möge die Orientpolitik nicht ändern wegen einiger Schwierigkeiten, die dadurch entstanden, daß die griechischen Wahlen nicht das erwartete Ergebnis hatten. England habe die Gefolgschaft des griechischen Volks nötig.

Krieg im Osten.

Wlana, 26. Dez. Der polnische General Seli-gowski hat die allgemeine Mobilisation angeordnet.

Boulogne, 26. Dez. (Havas.) Der Panzerkreuzer „Provence“, ist lester Tage mit der Familie des Generals Wangel hier eingetroffen.

Lozales.

Die Veteranenzulage. Auf Veranlassung des Reichstages wird bekanntlich die Reichsregierung beim Reichstag ein Ehrengeschenk von je 150 Mark für die Militärveteranen beantragen, das ohne Zweifel angenommen wird und noch in diesem Rechnungsjahr, das am 1. April 1921 abläuft, zur Auszahlung gelangen soll. Für das Rechnungsjahr 1921 ist ferner eine Teuerungszulage von 150 Mark neben der laufenden, durch das Gesetz vom 19. Mai 1919 festgesetzten Beihilfe von jährlich 150 Mark in Aussicht genommen.

ep. Warnung vor Werbern der Fremdenlegion. Zahllose Agenten der Fremdenlegion suchen sich jetzt, unsere Not ausnützend, ihre Opfer unter den jungen Männern Deutschlands. Ueber 60 000 Deutsche sollen bereits nach Afrika verschleppt worden sein, um dort 5 Jahre lang im mörderischen Klima für die Franzosen Kriegsdienste zu tun. Wüsten die jungen Leute, welchem Elend sie entgegengehen, — es ließe sich keiner verlocken.

Wertbriefe in Frankreich. Die während des Krieges von den französischen militärischen Behörden beschlagnahmten gewöhnlichen, eingeschriebenen und Wertbriefe werden jetzt vom französischen Kriegsministerium zur weiteren Behandlung der Zivilbehörde abgegeben. Die Absender oder Empfänger können Gesuche um Freigabe solcher Sendungen, an die Geschäftsstelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen in Frankreich richten; die Anfragen sind der „Kurierabfertigungsstelle des Auswärtigen Amtes, Berlin W 8, Wilhelmstraße 75“ zur Weiterbeförderung zu übermitteln. Für die Nachforschungen würden folgende Angaben zu machen sein: Name des Absenders und des Empfängers, Inhalt der Sendung, wenn möglich die Aufgabennummer und die Bezeichnung der Aufgabensammlung.

Verkehrsbeschränkung. Die Beschränkung, wonach für den Verkehr aus und nach fremden Ländern Postaufträge und Maßnahmen auf eingeschriebenen Briefsendungen vorübergehend nur bis 100 Mk. oder den Gegenwert von 100 Mk. zugelassen waren, ist aufgehoben worden. Ferner wird bei der Annahme von gewöhnlichen und telegraphischen Postanweisungen nach dem Ausland der Nachweis über Inhalt und Zweck des Geschäfts, auf das sich die Zahlung bezieht, fortan erst bei Beträgen von 3000 Mark an gefordert.

Der Reichstaxi im Versicherungsgewerbe. Die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen und den Angestelltenverbänden sind abgeschlossen worden. Auf Antrag der Angestellten wird nun das Reichsarbeitsministerium den Reichstaxivertrag durch Schlichtungsverhandlungen, die in der ersten Januarwoche stattfinden, zustande zu bringen suchen.

Vermischtes.

Die Kinderhilfe des Papstes. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht einen Bericht über die Verwendung der für die französischen Kinder und die notleidenden Kinder Mittelamerika vom 28. Dezember 1919 bis zum 20. Dezember 1920 dem Papst zugegangenen Summen, die sich, abgesehen von dem Wert der einbezogenen Kleidungsstücke und Lebensmittel, auf 15 292 461 Lire belaufen. Deutschland erhielt 4 100 688, Oesterreich 3 654 317, Polen 2 052 000, Ungarn 1 291 000. Die anderen Länder erhielten geringere Beträge, so Nordfrankreich 200 000 und Nordwestitalien 25 000. 6 Millionen 105 000 Lire. Bis jetzt sind von Papst 6. 476 048 Lire verteilt worden, in denen die Sinsen der dem Papst zugegangenen Summen und der von ihm persönlich gestifteten 100 000 Lire inbegriffen sind.

Kinderhilfe. Bei einer Wohltätigkeitsaufführung zugunsten der deutschen Kinder in Haag, der auch der Prinzgemahl der Niederlande bewohnte, gingen 5000 holländische Gulden (über 100 000 Mark) ein.

Das Alter. In Drenburg (Ostpreußen) ist die verwitwete Frau Barzer Simon drei Tage vor ihrem 106. Geburtstag gestorben. Die Frau war bis in die letzten Tage ihres Lebens bei voller geistiger Frische.

Schwerer Unfall. Das Volksgesundheitsamt in Memmingen verurteilte den Kaffeearbeiter Stark und den Schuhmacher Bock zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die beiden hatten als Fahrer einer 12höpfigen Mäher- und Mäherbande in bayerisch-Schwaben über gehakt, einen Privatmann umgebracht, dabei aber nur 12 Mk. erbeutet und dann auch noch einen anderen alten Mann im Bett überfallen. Die 10 anderen Uebeltäter erhielten Zuchthausstrafen von 2-12 Jahren.

Unfälle. Das kleine Schauspielhaus in Berlin hatte den großen Saal der Hochschule für Musik vertragen, zu Aufführungen von Schillers „König“. Die Leitung der Hochschule hat nun aber, nachdem sie von der

Art dieser „König“ Kenntnis erhalten hatte, vom Landgericht ein Urteil erwirkt, daß die Schaulustigen als höchst unfähig trotz des Vertrags in der Hochschule nicht mehr dazugeben werden dürfen.

Erdbeben. Bei einem heftigen Erdbeben in der chinesischen Provinz Kansu (nördlich der großen Mauer) kamen 2000 Menschen ums Leben.

Das braune Hannele. Ein Bauer aus einer Dörflichkeit des Oberamts Laupheim brachte vom Markt einen Haufen abgerissenen Papiergeld heim. Er leerte es auf den Tisch und legte zu seinem vierhändigen Stummholzer: „Hannele, sieh das Saugegeld, davon bekommt man nur denackige Hände.“ Hannele war immer ein braunes Bißle. Warum sollte der Vater sich über das Saugegeld ärgern und sich dreckige Hände machen? Als dieser kurz die Stube verließ, warf Hannele den ganzen Pack in den Ofen. Es waren über 300 Mark.

Eisenbahnunfall. Bei Dingseld auf dem Eichsfeld (Prov. Sachsen) geriet ein Kolzug der Kleinbahn, der auch einen Personenwagen führte, durch die Eingänge der Schienen auf dem starken Gefälle der schiefen Ebene rückwärts ins Rollen und saute nach der Ausgangsstation zurück. Er zerstückelte dort einen Pressbock und mehrere Wagen stürzten einen Abhang hinunter. Unter den Trümmern wurden 10 Tote und 5 Schwerverletzte hervorgerissen.

Zolluntererschlagungen im Betrag von über einer Million Mark wurden in der deutschen Zollstation Pönggen an der kausischen Grenze aufgedeckt. Ein Zollinspektor und ein Viehhändler, der unerlaubt Vieh ins Ausland verschob, wurden verhaftet.

Ein Erfolg der deutschen Industrie. In London erregt es großes Aufsehen, daß es einer deutschen Firma gelungen ist, sich im Wettbewerb gegen die besten englischen Firmen einen Lieferungsvertrag über 2 Maschinen für eine englische Kolonie zu sichern. Besonders wird hervorgehoben, daß das niedrigste englische Angebot 680 000 Pfund Sterling (= 13,6 Millionen Mk. Friedenswährung) betrug, während der deutsche Preis 400 000 Pfund Sterling (= 8 Millionen Mk. Friedenswährung) war und die deutschen Fabrikanten baldige Ablieferung garantierten, während die englischen Fabrikanten dies infolge Arbeiterschwierigkeiten nicht tun konnten.

Die Cholera ist in Russland weiter nach Westen vorgedrungen. Einzelne Fälle sind schon in der Nähe der deutschen Grenze und in einem Erholungsanlager bei Posen aufgetreten.

Die Amtssprache in Palästina ist nach einer amtlichen Mitteilung in englischen Oberhaus die hebräische Sprache nach den Schriften des Alten Testaments.

Der Streit um den Dritten Band. Der Cotta'sche Verlag, Stuttgart, hatte beim Landgericht Berlin auf Freigabe der im dritten Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ enthaltenen Briefe des Kaisers zur Veröffentlichung geklagt. Wie das Stuttgarter Gericht hat nun auch das Gericht in Berlin die Klage abgewiesen. Der Reichshof führte in der Begründung aus, das Persönlichkeitsrecht des Kaisers hinsichtlich seiner an Bismarck geschriebenen Briefe sei zwar zu verneinen, dagegen sei ihm das Urheberrecht zuzubilligen.

Die Quakerhilfe. Die von der Gesellschaft der Freunde, den Quakern, eingesetzten Studentenmissionen sollen auf alle deutschen Hochschulen ausgedehnt werden. Täglich sollen 20 000 Sprechstunden stattfinden.

Coram in Berlin. Der amerikanische Senator Mc. Cormack ist auf seiner Europareise in Berlin eingetroffen, um sich durch Augenschein ein Urteil über die deutschen Verhältnisse zu bilden.

Schwerer Verbrechen. Wie W.A. meldet, wurde in Berlin ein „Ingenieur“ und seine 23jährige Frau verhaftet, weil sie unter Anwendung von betrübenden Mitteln und Suggestionen junge Mädchen aus den ersten Kreisen in der preussischen 14. Kammer-Wohnung des Ehepaars unzüchtlichen Zwecken zuführten. Der Verbocher soll mehrere Millionen Vermögen besitzen.

Der teure Wiederherstellungsausschuss. Die schamlose Ausbeutung Deutschlands durch das Heer der Schmarotzer wird auch manchem Franzosen zu bunt. So schreibt Julius Sauerwein im Berliner „Malkin“: „Die Angehörigen des „Wiederherstellungsausschusses“ für Deutschland, der seinen Sitz größtenteils in Paris hat, besitzen Gehälter zwischen 30 000 und 400 000 Franken (130 000 und 1 720 000 Mark). Selbst den belgischen Ministerpräsidenten Delacroix habe das „Schamgeißel“ geschrieben, was er über 150 000 Franken (450 000 Mark) aus Deutschland beziehe, an die belgische Staatskasse abzulefern. Aber Poincare habe sich, als er noch Vorsitzender der Wiederherstellungskommission war, vorwerfen lassen müssen, er beziehe auf Kosten Deutschlands ein Jahresgehalt von 1/4 Millionen Franken (375 000 Mark). Das vom Hunger niedergedrückte österreichische Volk, sagt Sauerwein weiter, hat für die in Saug und Braus lebende „Wiederherstellungskommission“ in Wien auf den Kopf der Bevölkerung 500 Kronen aufzubringen, ungefähr so viel, als das ganze Heer der früheren Monarchie — allerdings bei anderem Geldwert — vor dem Krieg kostete. Der Wiederherstellungsausschuss, dessen Kosten Deutschland zu tragen hat, zählt 500 „Beamte“. Leider teilt Sauerwein nicht auch mit, wie hoch sich die Nebenkosten für gemietete Gebäude, Automobile usw. belaufen.

Wiederherstellungen nach Russland. Die Moskauer Regierung hat einem Verleger namens Oschelin die Lieferung der Bücher für alle Schulen von Sowjetrußland übertragen. Solche russische Schulbücher sollen nun, nach einem Bericht des „Berl. Lokalanzeigers“ aus Stockholm, von einer Druckerei in Schweden im Betrag von 8 Millionen schwed. Kronen geliefert werden. Einen weiteren Auftrag von 20 Millionen Kronen soll Oschelin an Druckereien in Deutschland vergeben haben.

Die Hungersnot in China. Die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“ teilt mit, der Leiter der schwedischen Mission in China, Magnus Högman, habe auf Grund von Berichten der Missionsstation Einzelheiten über die Hungersnot in China gesandt. Diese wüsten namentlich in den Provinzen Tschili, Schantung, Schansi, Szechuan und Honan, die von etwa 30 Millionen Menschen bewohnt werden. In diesen Gegenden sei ein ganzes Jahr lang kein Regen gefallen. Zur Zeit lebe die Bevölkerung von Gras und Wurzeln.

Das Aussterben des Wisents. Auf der kürzlich in Berlin abgehaltenen 10. Jahreskonferenz der Paa lier in Halle für Naturschutz machte der Leiter der Stelle, Geheimrat Prof. Dr. Conwentz, wertvolle Angaben über das Vorkommen des Wisents, namentlich auch über das Aussterben. Nachdem unser Heer 1914 den großen Naturpark von Bialowiez besetzt hatte, war die dort kurze Zeit danach eingerichtete Forstverwaltung unter der Leitung des bayerischen Forstrats E. Scherich bemüht, alles zum Schutz der in den Bialowiezer Wäldungen seit langem durch die jähliche Regierung gebotenen Wisente zu tun. Damals konnte ein Bestand von etwa 30 Tieren festgestellt werden. Nach jetzt vorliegenden Nachrichten ist der Wisentbestand des Bialowiezer Forstes seit der Rückkehr der deutschen Forstverwaltung infolge der revolutionären Wirren vollständig eingegangen. Ein zweites Schutzgebiet des Wisents bestand — sich noch bei Kuban im Kaukasus. Aber auch dieses Gebiet soll durch die Kosakenherrschaft jetzt vollständig vernichtet worden sein, so daß damit das freilebende Tier in Europa und Asien gänzlich ausgerottet sein dürfte. Im Jahr 1915 hat man von Bialowiez aus in den Wäldungen des Fürsten von Pleß (Oberlausitz) Wisente in offenen weiten Gehägen ausgesetzt, und zwar 22 Stück: 3 Stiere, 10 Kühe, 7 Schmalstiere und 2 Kälber. Dieser Bestand hatte sich während des Kriegs durch die sorgfältige Pflege erfreulicherweise auf 74 Stück vermehrt, durchschnittlich jährlich um 14 bis 18 Kälber. Seit der Revolution ist aber bedauerlicherweise durch Wilddiebe viel abgeschossen worden. Die fürstliche Pleß'sche Forstverwaltung steht bei den jetzigen traurigen Verhältnissen der Wildbeerei ziemlich machtlos gegenüber. Sie hebt in einem Schreiben hervor, daß, falls es den staatlichen Behörden nicht bald gelingen sollte, dort Ruhe und Ordnung herzustellen, die dortige Wildbahn unrettbar verloren sei. Die noch vorhandenen Tiere seien vollkommen gesund, so daß also bei sorgfältiger Pflege ein Aussterben noch zu verhindern wäre. Nach diesen Nachrichten müssen wir wohl leider mit dem Aussterben des Wisents in absehbarer Zeit rechnen.

Das Befinden der Kaiserin. Ueber den Zustand der vormaligen Kaiserin ist am 22. Dezember im Hause Doorn folgender Bericht ausgegeben worden: Die Stauungen in den einzelnen Organen sind durch die langsam, aber stetig abnehmenden Herzkräfte in der letzten Zeit etwas vermehrt. Die Nichte sind teilweise sehr unruhig. Der erst Zustand bleibt unverändert. Die Meldung einiger Zeitungen von dem Ableben der Kaiserin ist demnach unzutreffend. Aber allerdings wird mit der Erlösung der Dulderrin in nächster Zeit zu rechnen sein.

Württemberg.

Stuttgart, 26. Dez. (Bom Rathaus.) Der Gemeinderat nahm die Zusatzsteuer zum Einkommensteuerfreien Mindesteinkommen an. Die Steuer beträgt bei einem Einkommen von 10-11 000 M. 150 M., bei weiteren 1000 M. Einkommen 30 M. mehr. Der Ertrag der Stadt. Zusatzsteuer wird auf 2 Millionen M. geschätzt. Die Kommunisten hatten einen Antrag auf Verabreichung einer Weibschulunterstützung für Arbeitslose eingebracht, wodurch ein Mehraufwand von 450 000 M. entstanden wäre. Er wurde abgelehnt. Dabei kam es zu Kundgebungen vor der Rathhauseintrittstür, weshalb zu deren Räumung geschritten wurde.

Stuttgart, 26. Dez. (Stuttgarter Anzeiger.) Als erste der Messen und Ausstellungen, die im Lauf des kommenden Jahres in Stuttgart Handelsbörsen stattfinden, ist vom 9.-14. Januar die Großhändler-Sondermesse der Edelmetallindustrie festgesetzt. Im Lauf des Januar wird außerdem eine Kurzausstellung (16. und 17. Januar) und eine Spielwaren-Ausstellung (vom 29. Januar bis 6. Februar) stattfinden. Am 16. und 17. Februar folgt eine Schuhmesse, hierauf vom 28. Februar bis 8. März eine Möbelausstellung und vom 12.-21. März die Wiederholung der Jugo-Edelmetallindustrie.

Heutingen, 26. Dez. (Schwäbische Eisenbahnen.) Mit 2 1/2 Stunden Verspätung ist neulich der letzte Zug von Mönningen hier eingetroffen. Ursache war ein Maschinenschaden schon in Schelllingen. Eine von Lin herbeigeholte Hilfsmaschine brachte den Zug bis nach Mönningen und streckte dann ebenfalls, so daß nichts anderes übrig blieb, als die sonst abends 9 Uhr nur bis Station Lichtenstein gehende Fahrradmaschine bis nach Mönningen zu führen und durch sie den in Mönningen feststehenden Zug hierher zu bringen.

Tübingen, 26. Dez. (Besichtigung des Wilhelmstädt.) Staatspräsident Dr. Hieber und Minister des Innern Graf Besichtigten das Wilhelmstädt. Auch Weihbischof Dr. Sproll kam zu diesem Zweck hierher.

Weimach, O.A. Künzelsau, 26. Dez. (Im Tode vereint.) Vor einigen Tagen erkrankte Schuhmacher und Lorenzgräber Karl Rupp und seine Ehefrau an Lungenentzündung. Die Frau starb am Montag, der Ehemann Tags darauf. Das Ehepaar wurde vereint zur letzten Ruhe gebettet.

Oberjetten, O.A. Gerabronn, 26. Dez. (Jägerheil.) Bei der in letzter Woche abgehaltenen Treibjagd wurden in zwei Tagen 63 Hain geschossen.

Kitzell, O.A. Wangen, 26. Dez. (Viehdiebstahl.) Im Remprecht wurden dem Bauern Stärl aus dem verschlossenen Stall ein 4 Monate altes Kalb und im Wert von 2600 Mark gestohlen. Verdächtig sind 2 Burschen im Alter von 25 Jahren. Ihre Spur führt nach Wangen.

Baden.

Karlsruhe, 22. Dez. Präsident Dr. Kopy eröffnete die gestrige Sitzung um 1/4 Uhr. Wegen 5 Uhr versagte die elektrische Beleuchtung des Hauses, so daß der Landtag eine Sitzung im Dunkeln verhandeln mußte. Nachdem die Sitzung wieder begeben war, trat das Haus in die Tagesordnung ein. Abg. Dr. Bernauer (Btr.) berichtete über die Abänderung des Grundstücksperzeptionsgesetz. Danach soll der Gültigkeitstermin des Gesetzes vom 31. Dezember auf 15. Mai 1921 verlängert werden. Der Gesetzentwurf wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Antrag auf Anstellung von Erhebungen über die Wirkung des Gesetzes einstimmig angenommen. Die Gesetzentwürfe über das vereinfachte Enteignungsgesetz wurde einstimmig angenommen. Es soll eine Verlängerung der Frist für die Reform des Besoldungsgesetzes mit Rücksicht auf den Stand der Regelung der Besoldung der Beamten durch das Reich bis zum 1. März 1921 erreicht werden. Endlich nahm der Landtag noch die Erhöhung der Besteuerung der Wandergewerbebetriebe an und bewilligte den Wehrmännern der Sicherheitswehr in Gottesau eine Nachzahlung.

Karlsruhe, 22. Dez. Zum Varrer der Renovationsgemeinde wurde der von der positiven Richtung vorgeschlagene Viktor Paul Wang von Heidelberg gewählt.

Nastatt, 22. Dez. Am letzten Samstag versammelten sich hier 17 Offiziere, um den 50jährigen Gedenktag der Schlacht von Miltz, an der sie mitkämpften, kameradschaftlich zu begehen. Bei der Gedenkfeier gab General der Inf. Schödlin bekannt, daß er vom Reichswehrministerium die telegraphische Nachricht erhalten habe, daß Oberst Heusch (in Ettlingen) der Charakter als Generalmajor verliehen worden sei.

Membrathhausen (Amt Rast), 22. Dez. Die hiesige Gemeinde hat das Ergebnis eines außerordentlichen Holzschlags zur Anschaffung zweier größerer Bronze-glocken bestimmt.

Godenheim (bei Schwetzingen), 22. Dez. Die mit der Verhaftung von drei Frauen aufgedeckte Abtreibungsgeschichte zieht weitere Kreise. Insgesamt sind jetzt sieben Personen verhaftet. Weitere Festnahmen stehen bevor.

Neckesheim, 22. Dez. Aus dem hiesigen Bahnhof wurden gestern abend einem Mann, dem Hofschau-besitzer Glasbrenner aus Daisbach, beide Beine abgefahren. Infolge der Verletzung starb der Unglückliche. Im gleichen Zug wurden einer Frau beim Aufschlagen einer Tür durch junge Mädchen einige Finger der rechten Hand abgequetscht.



Medesheim, 22. Dez. Der Knecht Heinrich Steiner und der Schlosser Hög sind wegen eines Raubüberfalls auf den Landwirt Seltenreich aus Medesheim verhaftet worden. Sie waren nachts in die Wohnung des Seltenreichs eingedrungen und hatten ihn mit verhaltenem Revolver zur Herausgabe von Geld zu zwingen versucht. Ein dritter Räuber konnte noch nicht ermittelt werden.

Mannheim, 22. Dez. Am hiesigen Nationaltheater ist 15 Mitgliedern des Schauspiels und der Oper für die nächste Spielzeit gekündigt worden, um damit den Abbau einzuleiten.

Willingen, 22. Dez. Die Schulärzte des Kreises Willingen haben festgestellt, daß sowohl in der Baar, wie auch im Schwarzwald die Unterernährung der Stadtkinder immer größeren Umfang annimmt und vor allem auch die Tuberkulose immer weiter um sich greift.

Offenburg, 22. Dez. Der Bremser Stadtmüller aus Freiburg wurde auf dem hiesigen Personenbahnhof von einem Güterzug überfahren und getötet. Darauf folgte noch eine Manneskommission über die Leiche des Getöteten und rief sie entweiht. Der Verunglückte war verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

Freiburg, 22. Dez. Erzbischof Dr. Friz ist von seiner Reise nach München am Samstag hierher zurückgekehrt.

Pfullendorf, 22. Dez. Vorgestern Abend ist die Scheune des Staatsrats Abg. Weichhaupt abgebrannt. Der Schaden wird auf 150 000 M. geschätzt.

Stetten (Amt Waldshut), 22. Dez. Drei Diebe drangen in ein Bauernhaus ein und raubten unter Bedrohung mit Waffen 4000 Mark. Ein Einbrecher war maskiert. Die Diebe sind unerkannt entkommen.

Konstanz, 22. Dez. Wegen Strommangels im Bezirk Konstanz wird die Schaulichtbeleuchtung und die ganze Stromabgabe um 20 Prozent eingeschränkt. Nötigenfalls muß die Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich beschränkt werden. Die Gasthäuser müssen den Lichtverbrauch um 50 Prozent herabsetzen und alle Motoren mit mehr als 1 PS. müssen in der Zeit von morgens 6 Uhr bis halb 9 Uhr und nachmittags von halb 5 Uhr bis 7 Uhr stillliegen.

Freiburg, 26. Dez. Die leidige Sucht des Anhäufens von Bargeld wurde durch eine Diebstahlsaffäre vor der hiesigen Strafkammer beleuchtet. Ein Maler aus Willingen, der die Anwesen der auf dem Feld arbeitenden Landwirte im Bezirk Waldkirch in diebischer Absicht durchsuchte, fand im Haus eines Bauern in Gutach (Elstal) den Barbetrag von über 40 000 M. aufgespeichert. Davon entwendete der rücksichtsvolle Langfinger nur die Hälfte mit 20 000 M.

Furtwangen, 26. Dez. Nach dem Voranschlag für 1920/21 stehen den städtischen Einnahmen von 589 000 Mark Ausgaben von etwas über 1 Million gegenüber, sodaß sich ein ungedeckter Aufwand von rund 400 000 Mark ergibt. Dieser wird durch die Erfassung der reichsteuerfreien Einkommensteile aufgebracht.

Heberlingen, 26. Dez. In der Anstalt für Bodenforschung in Staad wird in der Zeit vom 30. März bis 9. April 1921 ein Kurs über die Lebewesen im Wasser für Zoologen abgehalten werden. Als Vorbildung wird der Besitz der durch den Besuch der allgemeinen Vorlesungen über Zoologie und eines zoologischen Praktikums zu erwerbenden Kenntnissen voraus-

gesetzt. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 20 beschränkt. Anmeldungen sind an den Direktor der Zoologischen Abteilung des badischen Naturalienkabinetts Prof. Dr. Querbach in Karlsruhe zu richten.

Karlsruhe, 23. Dez. Auf dem letzten Viehmarkt waren 231 Stück Vieh aufgeföhren. Die Preise betragen bei Großvieh für den Zentner Lebendgewicht 400-850 M., für Kälber 9-11 M. für das Pfund und für Schweine 16-17 M. für das Pfd. Der Geschäftsgang war langsam.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 27. Dez.

Vom Fußballsport. Am gestrigen Sonntag spielte die erste Mannschaft des Fußball-Verein Wildbad gegen eine kombinierte Mannschaft des 1. F.-C. Pforzheim vor einer Zuschauermenge von mindestens 10000 Personen. Wie vorausgesehen war, endete dieses Freundschaftsspiel mit einer Niederlage Wildbads von 0:9 Toren. Kein Wunder aber auch, wenn man bedenkt, daß Pforzheim mit 6 Mann seiner 2. und 5 Mann seiner 3. Mannschaft antrat, während Wildbad mit 6 Mann seiner 1. und 5 Mann seiner 2. Mannschaft (also mit geringem Ersatz) angetreten mußte. Außerdem war die Nachwirkung der Weihnachtsfeier bei den hiesigen sehr wohl zu bemerken. Die Niederlage hätte wohl nicht so hoch sein dürfen, doch wäre eine solche gar nicht zu vermeiden gewesen, denn der Ruf der Pforzheimer läßt auf einen äußerst gute Mannschaft schließen. — Das zweite und Haupttreffen 1. F.-C. Pforzheim (Liga) gegen Stuttgarter Kickers endete mit einer für Pforzheim noch nie gehaltenen Niederlage von 1:6 Toren (Vorspiel 0:2). Alle Mühe Pforzheims, etwas aufzuholen, scheiterte an dem äußerst guten Torhüter der Kickers, der jeden Ball tollficher, aber mit größter Ruhe hielt.

Die Kriegerverzorgung. In diesen Tagen ist das Reichsverzorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 in Kraft getreten. Die Wohltaten dieses wirklich sozialen Gesetzes wird vor allem etwa 1 1/2 Millionen Kriegsbeschädigten und 2 Millionen Hinterbliebenen zugute kommen. Das neue Verzorgungsgesetz gewährt losentlohtes, was den Kranken gesund machen oder sein Leiden mildern kann bis zum Führerband für den Blinden, es gewährt Unterricht und Vorbereitung, wenn der Beschädigte seinen Beruf zu wechseln genötigt ist. Die Rente beträgt je nach der Erwerbsverminderung und dem Wohnort für einen künftigen Realienempfänger zwischen 480 und 6682 Mark im Jahr, wozu derzeit eine Teuerungszulage von 25 Prozent kommt. Ein Beschädigter mit sechs Kindern unter 18 Jahren, der in einer großen Stadt lebt und völlig erwerbsunfähig ist, bezieht dagegen einschließlich Teuerungszulage 13 365 Mark. Schwerbeschädigte erhalten im Falle der Befähigung Anwartschaft auf Anstellung als Beamte. Im Todesfall wird ein Sterbegeld gewährt. Ist der Tod eine Folge der Dienstbeschädigung, so erhalten Witwen und Waisen eine Hinterbliebenenrente. Hat der Beschädigte jedoch ein eigenes steuerpflichtiges Einkommen von 14 000 Mark und darüber, so erhält er keine Rente, sondern nur kleinere Zulagen. Offiziere und Mannschaften sind in den Rentenbezügen gleichgestellt. Das Gesetz läßt aber den Offizieren des Friedensstands, denen es auch ihre wohl-

erworbene Pension rauben würde, die Wahl zwischen dem neuen Gesetz und den alten Bestimmungen; dies gilt aber nicht für die Offiziere des Beurlobtenstands, für welche die Verzorgung nach dem alten Gesetz mit dem 31. Dezember ds. Js. endet. Da damit diese Härten verbunden sein werden, bestimmt das Gesetz, daß ihnen eine einmalige Abfindungssumme ausbezahlt ist, die das Dreifache des Unterschieds zwischen den alten und den neuen Gehältern beträgt. Das Gesetz findet ohne Unterschied auch auf die im Friedensdienst beschädigten Militärpersonen bzw. deren Hinterbliebenen Anwendung. Das Reichsverzorgungsgesetz wird für die nächsten Jahre eine Ausgabe von jährlich 5 1/2 Milliarden erfordern.

— Die kath. Altersvereinigungen aller in Betracht kommenden Orte Württembergs haben sich zur treuen Erfüllung ihrer Elternpflichten und zur tatkräftigen Wahrung der Elternrechte in Beziehung auf die Schulen zusammengeschlossen. Je 500 Mitglieder entsenden einen Vertreter in den Landesausschuß, an den auf je 100 Mitglieder ein Beitrag von 5 Mark jährlich zu entrichten ist.

— Ausnahme von Kriegsanleihe an Zahlungs Statt. Die Rücknahme von Kriegsanleihe durch das Reich soll grundsätzlich auf gewisse Ausnahmefälle beschränkt bleiben, bei denen es sich um Reichseinnahmen zur Schuldentilgung handelt. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bezahlung von Deeresgut und die Entziehung gewisser Steuern in Kriegsanleihe zugestanden. Bei allen anderen Forderungen des Reichsstaats kann dagegen auf Verzahlung nicht verzichtet werden, da sonst die zur Befreiung der Ausgaben erforderlichen Varmittel fehlen würden. Der Reichsfinanzminister macht deshalb jetzt darauf aufmerksam, daß Anträge auf eine Ausnahme von Kriegsanleihe als Zahlungsmittel zwecklos sind.

— Gewalttames Ablösen von Freimarken. Das häufig vorkommende gewalttame Ablösen von Freimarken von Postanweisungen und Paketarten ist verboten. Dadurch wird das Eigentum der Postverwaltung verletzt und die Karte beschädigt. Die Postverwaltung kann deshalb nach ihrer Wahl entweder die Wiederandrängung der abgerissenen Wertzeichen durch den Empfänger oder auch den dazu erforderlichen Geldebetrag verlangen. Wenn sich also das Publikum vor Schaden bewahren will, eigne es sich die Wertzeichen von Postanweisungen oder Paketarten an. Fehlt eine Freimarkte auf einer Postanweisung oder Paketkarte bei der Aushändigung, so weist man die Postanweisung oder Paketkarte zurück, sofern sie keinen amtlichen Vermerk über das Fehlen der Freimarken tragen.

— Kerzenpreise. Damit der Käufer von Kerzen den Preis selbst kontrollieren kann, müssen die Packungen mit dem Gewicht und der Firma des Herstellers versehen sein; auch der Inhalt nach Stück und der Preis für die ganze Packung und die einzelne Kerze muß auf der Packung angegeben sein. Auch ausländische Kerzen unterliegen dieser Vorschrift.

— Luxussteuer. Die für 1920 ausgestellten, zum Luxussteuerfreien Einkauf von Gegenständen berechtigenden Händlerbescheinigungen werden Ende des Monats ungültig. Die Bescheinigungen für 1921 werden nur auf Antrag ausgestellt. Die Anträge sind beim zuständigen Finanzamt einzureichen.

Mina Wirth
Hermann Horkheimer
grüßen als Verlobte.

Weihnachten 1920.

Briefmarken

besonders alte Württemberger und Baden, mögl. Krenzermarken, auf Brief k a u f Privat-Sammler, welcher Ende Dezember nach Wildbad kommt. Angebote mit Stück und Jahreszahl an die Exped. dieser Zeitung. Kriegsmarken-Angebot zwecklos.

Empfehle für
Strassen- und Wegbau,
Walz-, Fild- und Feinschotter, Gehwegflies;
Für Bauarbeiten:
Mauersteine, Betonflies, Mauerband.
Anerkannt prima
Muschelkalk.
Theodor Straub,
Schotterwerk,
Enzberg. Tel. 10.

Stangen-Verkauf
40 Hagstangen 1. Kl.
100 Hagstangen 2. Kl.
10 Hopfenstangen 2. Kl.
100 Rebstecken,
5 b. 6 m lang verkauft
Fritz Treiber,
W. Treiber Sohn, Sprollenhaus

Turnverein
Wildbad.
Heute Abend 6 Uhr
Ausschuß-Sitzung
im Hotel gold. Roß.
8 Uhr
Theaterprobe
in der Turnhalle.
Bollzähliges Erscheinen notwendig.
Der Vorstand.

Ungezüderte condens.
Alpen-Milch
per Dose 11 Mark,
zu haben in
Grossmanns Delikatessengesch.
Futtermais u.
Maisschrot
hat abzugeben
Weghel, Rennbachbrauerei.

Zum Jahreswechsel

empfehlen wir sämtliche
Neujahrs-Glückwunsch-
und Visitenkarten in jeder
Ausführung bei billigster
und schnellster Lieferung

BUCHDRUCKEREI WILDBADER TAGBLATT

Möbel

speziell ältere, gut
erhalten (auch re-
paraturbedürftig),
sowie Altentwürfe
kauft zu den höchsten Preisen
Kunsthdz. Baumann

Jedes Quantum
Papierholz
sofort gegen Kassa zu
kaufen gesucht.
Eil-Angebote an die Red.
ds. Bl.



**Damen- und Mädchen-
Bekleidung.**
Mäntel, Kostüme, Taillekleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim,
Ecke Metzger-
u. Blumenstr.